

Resolution des Vorstands der FEDE an den Staatsrat Angenommen von den Mitgliedsverbänden

Die 25 Verbände und 4650 Mitglieder zählende FEDE verteidigt die Interessen der Staatsangestellten des Staates Freiburg. In dieser Eigenschaft ergreift sie alle ihr zweckmässig scheinenden Massnahmen, um:

- Einen starken öffentlichen Dienst zu gewährleisten
- Ein qualitativ hochstehendes Niveau an Dienstleistungen für die Bevölkerung Freiburgs zu gewährleisten
- Angemessene Arbeitsbedingungen für das Personal zu gewährleisten, die erlauben, dass es seine Aufgaben effizient erledigt.

Während der letzten zehn Jahre konnte dank der beständigen Bemühungen der FEDE um Berücksichtigung der Rechte und Interessen des Staatspersonals durch den Staatsrat des Dienstverhältnisses des Personals spürbar verbessert werden.

Die Offenheit der jeweiligen Staatsräte für die Forderungen der FEDE hat in den letzten Jahren die Aufrechterhaltung eines konstruktiven Klimas des Dialogs erlaubt.

Dieses Gesprächsklima verschlechtert sich unter dem aktuellen Staatsrat jedoch zunehmend. Der Grund liegt in der mangelnden Berücksichtigung der Forderungen des Personals und der dieses vertretenden Verbände. Das Vertrauensverhältnis gegenüber dem Personal, das der Staatsrat in der Vergangenheit aufrechtzuerhalten suchte, bröckelt.

Der Staatsrat hört zu und nimmt unsere Vorschläge zur Kenntnis, geht darauf aber nicht mehr ein.

- Dies trifft zu auf die Frage der Einschränkung der das gesamte Personal treffenden Sparmassnahmen
- Dies trifft zu auf die Sparmassnahmen im Bildungswesen
- Dies trifft zu auf das gesamte Massnahmenpaket zu Belästigungen
- Dies trifft zu auf die Entschädigung von Pikettdiensten

Die FEDE ist sich der finanziellen Situation des Staates Freiburg bewusst. Angesichts der Opfer, die das Personal weiterhin tragen muss, erwarten wir, dass der Staatsrat als verantwortungsbewusster Partner auf unsere massvollen und berechtigten Forderungen eintritt.

Deshalb fordern die Verbände der FEDE vom Staatsrat, eine aktive Partnerschaft aufrechtzuerhalten und folgenden Forderungen nachzukommen:

- Garantien abzugeben, dass die Gehaltserhöhung ab Januar 2016 ausgezahlt wird und nicht erst ab Juli
- Auf die Sparmassnahmen zu verzichten, die die Qualität der Bildung verschlechtern
- Mindestens 40% des von der SNB erhaltenen Betrages für die Rückzahlung eines Teils der seit 2014 eingesparten Lohnsumme an das Personal bereitzustellen
- Der paritätischen Kommission im Bezug auf Massnahmen gegen Belästigungen echte Kompetenzen einzuräumen
- Das gegen die Direktorin der Krippe des HFR eingeleitete Kündigungsverfahren aus wichtigen Gründen einzustellen

Bezüglich HFR hält die FEDE zudem fest, dass sie in der Frage der Beibehaltung des Dienstverhältnisses gemäss StPG für das im Netz angestellte Personal nicht nachgeben wird.

Resolution, angenommen vom Vorstand an der Sitzung vom 29. April 2015 und bestätigt von den Vorständen der anwesenden Verbände.